



Wahlbericht zu den ungarischen Parlamentswahlen 2026

von Tristan Csaplár

Stand: 13. April 2026, 15.00 Uhr

Vorläufige amtliche Ergebnisse

Am 12. April 2026 fanden die Wahlen zur 10. Ungarischen Nationalversammlung statt. Insgesamt 8.114.806 Ungarn waren in 106 Wahlkreisen mit 10.047 Stimmlokalen dazu berechtigt, ihre Stimme abzugeben. Nach Auszählung von 98,93 % der Stimmen stehen die Sieger und Verlierer der Wahl eindeutig fest.

Die bisherigen Regierungsparteien Fidesz-KDNP erhielten 38,43 % der Stimmen (2.247.606 Stimmen) und 13 der 106 Direktmandate. Die Tisza-Partei um Herausforderer Péter Magyar erhielt 53,07 % der Stimmen (3.103.500 Stimmen) und 93 Direktmandate. Als dritte und einzige der kleineren Parteien gelang der rechtsextremen Mi Hazánk Mozgalom (Unsere Heimat Bewegung) der Wiedereinzug in die Ungarische Nationalversammlung mit einem Listenergebnis von 5,83 % (341.050 Stimmen). Der Erwerb eines Direktmandats gelang der Partei nicht.

Der Demokratischen Koalition (DK) gelang der Wiedereinzug mit 67.775 Stimmen (1,16 %) nicht. Der nicht im Parlament vertretenen Partei des Zweischwänzigen Hundes (MKKP) gelang der Mandatserwerb mit 47.742 Stimmen (0,82 %) auch bei dieser Wahl nicht. 2022 hatten sie noch 185.052 Stimmen erhalten.

Rekordwahlbeteiligung

Bereits am frühen Morgen zeichnete sich eine Rekordwahlbeteiligung ab. Nach den für Demoskopien relevanten 11-Uhr-Daten schritten bis zu diesem Zeitpunkt bereits 37,98 % an die Urnen. Vor vier Jahren betrug diese Bezugsgröße noch 25,77 %. Die vorläufige Wahlbeteiligung erreichte mit 79,56 % fast die 80-Prozent-Marke, was bereits jetzt einer Rekordwahlbeteiligung entspricht. Bemerkenswert war, dass diese Mobilisierung neuer Wähler landesweit erfolgte und sowohl auf dem Dorf als auch in der Hauptstadt Budapest viele bisher inaktive Wähler zu den Urnen schritten. Selbst die stets deutlich hinter dem nationalen Durchschnitt zurückbleibenden ostungarischen Burgkomitate Borsod-Abaúj-Zemplén (73,73 %) und Szabolcs-Szatmár-Bereg (74,36 %) übertrafen den bisherigen landesweiten Rekordwert von 73,51 % – erreicht im zweiten Wahlgang des Jahres 2002.

Endergebnis erst am Wochenende

Das Ergebnis gilt als vorläufig, da diejenigen die außerhalb ihres Wahlbezirks sowie die im Ausland und an den Konsulaten abgestimmt haben noch nicht miteingerechnet sind. Ferner wurde in jedem Wahlkreis jeweils ein Wahllokal nicht ausgezählt. Der Grund ist folgender: Um das Wahlgeheimnis sicherzustellen, müssen die Stimmen der Bürger mit Ummeldung (Abstimmung in einem anderen Wahlkreis, aber für den Kandidaten des Heimatwahlkreises) und Anmeldung (Abstimmung an einem ungarischen Konsulat im Ausland, ebenso für den Kandidaten des Heimatwahlkreises) mit den Stimmzetteln eines

vorher festgelegten Wahllokals des Heimatwahlkreises vermengt werden. Dies geschieht erfahrungsgemäß nach Eingang der Stimmzettel im Heimatwahlkreis gegen Wochenmitte, sodass erst am Wochenende mit einem endgültigen Ergebnis gerechnet werden kann. Aus diesem Grunde variiert der Auszählungsstand von Wahlkreis zu Wahlkreis etwa zwischen 98 und 99 %. Dieses Mal betrug die Zahl der an Auslandsvertretungen Angemeldeten 90.732 (2022: 65.683), die Zahl der Umgemeldeten belief sich auf 223.963 Personen (2022: 158.525). In beiden Kategorien ist somit eine deutliche Steigerung zu beobachten. In einigen Wahlkreisen ist das Ergebnis noch so knapp, dass sich jederzeit eine Änderung einstellen könnte. Die engsten Rennen liefern sich die Kandidaten der Tisza und Fidesz-KDNP im Wahlkreis Zala 02 – hier führt der Kandidat der Tisza mit 59 Stimmen – und im Wahlkreis Tolna 03 – hier führt der Kandidat der Fidesz mit 138 Stimmen. In beiden Wahlkreisen wird jedoch davon ausgegangen, dass die Stimmen aus dem Ausland zugunsten der Tisza ausfallen werden. An der Zweidrittelmehrheit wird sich – unabhängig von den Ergebnissen in diesen Wahlkreisen – voraussichtlich nichts ändern.

Vergleich zur letzten Parlamentswahl 2022

Die Listenverbindung aus Fidesz-KDNP verlor im Vergleich zu 2022 deutlich an Mandaten. Das Ergebnis verschlechterte sich von 135 auf 55 Mandate. In absoluten Zahlen gesehen entfielen bei den jetzigen Wahlen 2.247.606 Stimmen auf die Listenverbindung aus Fidesz-KDNP – dies entspricht 38,43 % der Listenstimmen. 2022 stimmten noch 3.060.706 Ungarn für Fidesz-KDNP, was 54,13 % der Zweitstimmen entsprach.

Die Tisza trat zum ersten Mal bei den Wahlen zur Ungarischen Nationalversammlung an und erhielt 3.103.500 Stimmen und 138 Mandate. Ein direkter Vergleich zur letzten Wahl lässt sich also nicht ziehen. Die Tisza hat jedoch zum großen Teil die Wählerschaft der ehemaligen Oppositionsparteien absorbiert, die 2022 als „Vereinte Opposition“ angetreten waren. Dieses Wahlbündnis erhielt 2022 1.947.331 Stimmen und 34,44 % der Zweitstimmen. Tisza konnte dieses Ergebnis somit deutlich übertreffen und erfolgreich bisher inaktive Wähler mobilisieren sowie ehemalige Fidesz-Wähler für sich gewinnen.

Die rechtsextreme Partei Mi Hazánk Mozgalom (Unsere Heimat Bewegung) konnte ihr Ergebnis ebenfalls verbessern und erhielt 341.050 Stimmen (5,83 %). Bei den Wahlen 2022 hatte die Partei noch 332.487 Stimmen erhalten und ein Listenergebnis von 5,88 % errungen.

Auslandsungarn

Die Gruppe der Auslandsungarn, also derjenigen ungarischen Staatsbürger ohne Wohnsitz in Ungarn, ist von den an den Auslandsvertretungen wählenden Ungarn zu unterscheiden. Die Auslandsungarn sind die autochthonen ungarischen Minderheiten der Nachbarländer, aber auch Ungarn, die überall in der Welt verstreut leben, also etwa in Deutschland, in Israel, den USA oder anderswo. Diese stimmen per Briefwahl ab, haben aber keine Erststimme, da sie in Ermangelung eines ungarischen Wohnsitzes keinem Wahlkreis zugeordnet werden können. Im Gegensatz zu anderen Ländern werden

diese Auslandsstimmen auch nicht den Wahlkreisen in der Hauptstadt zugeschlagen oder fiktiven Wahlkreisen zugerechnet.

Die Auslandsungarn machen mit 497.294 registrierten Wählern einen nicht unbedeutenden Teil der 8,1 Millionen wahlberechtigten Ungarn aus. Bei den Wahlen 2022 gaben etwa 267.834 Auslandsungarn eine gültige Stimme ab, über 94 % derer stimmten für Fidesz-KDNP. Bei den aktuellen Parlamentswahlen gingen den Zahlen der Nationalen Wahlkommission zufolge etwa 317.000 Stimmen aus dem Ausland ein, bei denen sich ein ähnlicher Trend zugunsten der Regierungsparteien abzeichnen könnte. Weitere Details über die Stimmenabgabe im Ausland können Sie [hier](#) finden.

Anders als in einigen internationalen Medienberichten suggeriert wird, hat diese Personengruppe kein Mehrrecht, sondern ein Minderrecht: Sie hat nur die Listenstimme (Zweitstimme), nicht hingegen die Wahlkreisstimme (Erststimme). Jeder Ungar, der das Land verlässt, muss sich - wie in Deutschland auch - offiziell bei der Meldebehörde abmelden und wird so zum Auslandsungarn, die Erststimme entfällt. Viele Ungarn halten sich jedoch nicht an die Regeln, weil sie ihren Inlandswohnsitz nicht aufgeben wollen. Damit gelten sie weiterhin als im Lande lebend und werden so behandelt, als wenn sie sich nur vorübergehend im Ausland aufhielten. Daher müssen sie zur Stimmabgabe an das Konsulat, verfügen aber weiterhin auch über eine Erststimme. Seitens der Opposition wurde in der Vergangenheit immer wieder bemängelt, dass diese Personengruppe angeblich schlechter gestellt sei, da sie teilweise lange Wege auf sich nehmen müsse, um zum jeweiligen Konsulat zu gelangen. Diese Wählergruppe sei der Opposition gegenüber besonders wohlgesonnen, daher diese Schlechterstellung - so die Mutmaßungen der Opposition. Die Wahrheit aber ist, dass das ungarische Wahlrecht eine Unterscheidung zwischen Wählern mit Inlandswohnsitz und jenen ohne Inlandswohnsitz vornimmt, ohne Berücksichtigung etwaiger Parteibindungen. Das Instrument der Stimmabgabe am Konsulat ist eigentlich nur für die vorübergehend sich im Ausland Befindlichen gedacht.

Vertreter der Nationalitäten

Die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen konnte bei dieser Wahl lediglich 17.845 Stimmen erreichen. Für den privilegierten Mandatserwerb wären mehr als 26.000 Stimmen erforderlich gewesen - 25 % der für den regulären Mandatserwerb erforderlichen Stimmen. Nach zwei Legislaturperioden ist es diesmal somit nicht gelungen, erneut einen Abgeordneten ins Parlament zu entsenden. Dies zeichnete sich bereits im Vorfeld der Wahl ab, nachdem die Oppositionspartei Tisza eine „Abmeldekampagne“ unter der deutschen Wählerschaft begann und die deutsche Minderheitspartei im Wesentlichen als „Steigbügelhalter der Regierung“ darstellte. Wenn man für eine Nationalitätenliste stimmen will, muss man sich hierfür eigens registrieren oder die bestehende Registrierung unangetastet lassen. Das Ausscheiden aus der ungarischen Nationalversammlung zeichnete sich also bereits am Vorabend der Wahl ab, da die deutsche Nationalitätenliste lediglich über 22.188 eingetragene Wähler verfügte. Damit bestand keine realistische Chance auf einen Mandatserwerb, da bereits vor vier Jahren mehr als 23.085 Stimmen benötigt wurden.

Im Gegensatz zur deutschen Minderheit hatte die Nationalitätenliste der Roma eine realistische Chance, den Einzug ins Parlament zu schaffen. Die Roma sind die zahlenmäßig größte der insgesamt dreizehn autochthonen Nationalitäten in Ungarn. 2022 scheiterte die Nationalitätenpartei der Roma noch an internen Grabenkämpfen, die die Aufstellung einer Liste und somit die Teilnahme an der Wahl verhinderten. Im Vorfeld der Wahl hatten sich 44.090 Wähler in die entsprechende Nationalitätenliste eingetragen. Die Wahlbeteiligung fiel jedoch gering aus – lediglich 18.880 der Wähler gaben ihre Stimme ab. Somit gelang es auch den Roma nicht, einen Vertreter ins Parlament zu entsenden, und seit acht Jahren wird nun kein Nationalitätenvertreter mehr ins Parlament einziehen. Alle 13 Nationalitäten werden jedoch auch weiterhin durch einen Fürsprecher ohne Stimmrecht im Parlament vertreten sein.

Entwicklungen vor den Wahlen und Hintergründe

Die diesjährige Wahl war geprägt von den zwei großen Parteien Fidesz und Tisza, die um den Wahlsieg rangen. Auf der einen Seite die Fidesz-KDNP von Viktor Orbán, die seit 2010 ununterbrochen den Ministerpräsidenten stellt, auf der anderen die Tisza-Partei (Respekt und Freiheitspartei) um Péter Magyar. Tisza wurde bereits im Oktober 2020 von Attila Szabó und Boldizsár Deák in Eger gegründet. Im April 2024 „übernahm“ Magyar die Partei, da die knappe Frist bis zu den Europawahlen die Gründung einer eigenen neuen Partei verhinderte. Im April wurde er zunächst zum stellvertretenden Vorsitzenden und im Juli schließlich zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Die Partei konnte bei den EP-Wahlen im Juni 2024 aus dem Stand ein Drittel der Mandate erringen und überflügelte die Fidesz in den Umfragen einiger Meinungsforschungsinstitute. Es wurde schnell deutlich, dass die Tisza eine ernst zu nehmende Herausforderin für die Fidesz werden würde.

Der Wahlkampf begann zunächst mit klassischen innenpolitischen Themen. Die Regierung verwies auf ihre bisherigen Erfolge, während die Opposition diese scharf kritisierte und insbesondere Defizite in zentralen staatlichen Zuständigkeitsbereichen hervorhob, darunter die Eisenbahn, die allgemeine Infrastruktur sowie das Schul- und Gesundheitswesen. Auch Korruptionsvorwürfe spielten dabei eine wichtige Rolle und dienten der Opposition als wiederkehrendes Angriffsmotiv. Im weiteren Verlauf gewann der Wahlkampf zunehmend eine außenpolitische Dimension. Die Regierung setzte – wie bereits im Jahr 2022 – stark auf das Thema „Krieg und Frieden“ und versuchte, sich als Garant für Stabilität und Sicherheit zu präsentieren. Die Regierung warf Tisza vor, nicht die ungarischen, sondern die Interessen der Ukraine und der Brüsseler Bürokratie zu vertreten. Die Opposition antwortete mit ihrem eigenen Narrativ und warf der Regierung vor, eine zu große Nähe zu Russland zu suchen.

Gegen Ende des Wahlkampfes wurde die politische Auseinandersetzung schließlich von einer Reihe vermeintlicher geheimdienstlicher Skandale dominiert. Dazu zählten unter anderem geleakte Aufnahmen eines Telefonats zwischen dem ungarischen Außenminister und seinem russischen Amtskollegen, zwischen Ministerpräsident Orbán und Präsident Putin sowie eine Tonaufnahme eines ungarischen investigativen Journalisten, der sich mit künftigem Einfluss auf die Regierung brüstete. Zusätzlich sorgten Vorwürfe über eine mögliche Instrumentalisierung des Geheimdienstes gegen

die Opposition für Aufsehen, nachdem ein Polizeibeamter sich entsprechend geäußert hatte – woraufhin ihm der Ministerpräsidentenaspitant Péter Magyar umgehend eine Stelle in seiner noch zu gründenden „Behörde für Vermögensschutz und -rückgewinnung“ in Aussicht stellte. Für besondere Brisanz sorgte zudem ein „Whistleblower“ aus den Reihen der ungarischen Streitkräfte, der behauptete, die Regierung plane einen Militäreinsatz im Tschad und kalkuliere dabei mit einer „Todesrate von 50 Prozent“. Diese Ereignisse trugen maßgeblich dazu bei, dass der Wahlkampf in seiner Schlussphase von Skandalen und sicherheitspolitischen Kontroversen geprägt war.

Die zugespitzte Situation zwischen Fidesz und Tisza führt zu einer historisch niedrigen Anzahl von Kandidaten. Insgesamt treten nur noch 639 Kandidaten an – 2018 lag diese Zahl noch bei 1.547. Für diesen starken Rückgang gibt es mehrere Gründe. Zum einen hatte der Aufstieg der Tisza mehrere Oppositionsparteien in die politische Bedeutungslosigkeit geschickt, zum anderen sind mehrere Kandidaten – aus den Reihen der ehemaligen Opposition – zugunsten des Tisza-Kandidaten zurückgetreten. Bei den Parlamentswahlen 2022 konnte sich die Opposition in 19 der 106 Wahlkreise direkt durchsetzen. Von diesen neunzehn Mandatsinhabern sind in den vergangenen Wochen und Monaten 13 zugunsten des Tisza-Kandidaten zurückgetreten. Die Partei des Zweischwänzigen Hundes rief ganz offen zur Wahl des Tisza-Kandidaten im Wahlkreis auf. Die einzigen Parteien, die in allen 106 Wahlkreisen einen Kandidaten ins Rennen schickten, sind Fidesz und Tisza sowie Mi Hazánk. Die Demokratische Koalition verfügt nach einigen Rücktritten lediglich über 100 Kandidaten.

Widersprüchliche Meinungsumfragen

Der diesjährige Wahlkampf zeichnete sich durch eine extrem auffällige und große Diskrepanz zwischen den verschiedenen Umfrageinstituten aus. Je nach politischer Nähe sahen die Institute entweder die Opposition oder die Regierung deutlich in Führung – mit Differenzen von bis zu 35 Prozent. Betrachtet man nur die beiden Umfrageinstitute, die das Wahlergebnis 2022 am genauesten vorhergesagt haben – „Medián“ und „Magyar Társadalomkutató“ – ändert sich an diesem Befund nichts. „Medián“ sah Tisza mit 23 Prozentpunkten in Führung wohingegen „Magyar Társadalomkutató“ einen Vorsprung von 10 Prozentpunkten zugunsten der Fidesz misst. Es drängt sich der Eindruck politisch motivierter Umfragen zur asymmetrischen Demobilisierung des jeweils anderen Lagers auf. Es ist jedoch wichtig anzumerken, dass die Meinungsumfragen lediglich Auskunft über das landesweite Zweitstimmenergebnis geben und nur eine sehr bedingte Aussagekraft über die Direktwahlkreise oder den Wahlausgang selbst haben, da 106 der 199 Mandate direkt in den jeweiligen Wahlkreisen gewonnen werden. Hier ermöglicht im Zweifel selbst ein relativ geringer Vorsprung eine landesweite Dominanz. In den letzten Jahren profitierte Fidesz-KDNP als stärkste Kraft von diesem Effekt. Bei dieser Wahl war es jedoch die Tisza, die mit rund 53 % der Stimmen 88 % der Wahlkreise für sich entscheiden und die entsprechenden Direktmandate erringen konnte. Damit bewahrheiteten sich die Meinungsumfragen, die einen starken Vorsprung der Tisza gemessen hatten.

Anmerkungen zum Wahlrecht

Das ungarische Wahlrecht ist ein Mischwahlrecht mit starken Elementen der Mehrheitswahl. Dabei handelt es sich um ein klassisches Grabenwahlrecht, bei dem die Mehrheitselemente einer Direktwahl in den 106 Einzelwahlkreisen gleichberechtigt neben den Verhältniselementen einer proportional durchgeführten, geschlossenen Listenwahl stehen. Bei dieser werden 93 Listenmandate verteilt. Anders als in Deutschland sind im System keine Verschränkungen und sich gegenseitig bedingenden Elemente eingebaut, wie etwa Überhang- oder Ausgleichsmandate. Die beiden Untersysteme sind voneinander durch einen Graben getrennt, wenn auch mit zwei kleinen Brücken, nämlich der Verliererkompensation und der Gewinnerprämierung, verbunden. Diese Mechanismen sind auf das Prinzip zurückzuführen, dass keine Stimme der die Fünfprozenthürde überschreitenden Parteien oder Listenverbindungen „verlorengehen“ darf. In der Praxis bedeutet dies, dass alle Erststimmen der Wahlkreisverlierer, die nicht zum Mandatserwerb geführt haben, sowie die „überzähligen Stimmen“ des Wahlkreisgewinners, die nicht mehr zum Mandatserwerb benötigt wurden, auf die Landesliste der jeweiligen Partei hinzugeschlagen werden. Diese „Kompensationsstimmen“ erhöhen somit die Gesamtstimmenzahl und begünstigen insbesondere die Wahlkreisverlierer bei der Verteilung der Listenmandate. Bei den Parlamentswahlen 2014, 2018 und 2022 konnten die Oppositionsparteien ihr Ergebnis somit um sieben, sieben und fünf Mandate verbessern.

Anders als oftmals suggeriert, begünstigte das Wahlrecht nicht einseitig die Regierungsparteien Fidesz-KDNP, sondern allgemein große und geeinte Formationen mit Hochburgen. Die zersplitterten und zudem untereinander oftmals zerstrittenen Oppositionsparteien waren demnach stets „strukturell“ im Nachteil. Während Fidesz-KDNP das bürgerlich-konservative Lager auf eine einzige Listenverbindung vereinen konnte, hatte sich insbesondere das linke Elektorat auf fünf Parteien verteilt. Dadurch war die Chance, außerhalb der links-liberalen Hochburg Budapest eines der wichtigen Direktmandate zu erringen, kaum gegeben. Bei den Parlamentswahlen 2022 wurde daher der Versuch unternommen, die Wähler der Oppositionsparteien zusammenzuführen, um diesem „strukturellen Ungleichgewicht“ entgegenzuwirken. Der Zusammenschluss der fünf linken Oppositionsparteien mit der ehemals rechtsextremen Jobbik zu einer gemeinsamen Listenverbindung scheiterte jedoch an Glaubwürdigkeitsproblemen, weltanschauliche Differenzen und das Fehlen eines überzeugenden Wahlversprechens zurückzuführenden Mobilisierungsproblemen der Parteien. Der Versuch, die Vereinigung der heterogenen Oppositionswählerschaft durch einen von oben orchestrierten Zusammenschluss der Parteien herbeizuführen, war gescheitert. Mit der Tisza trat nun erstmals eine große und geeinte politische Formation gegen die Listenverbindung der Regierungsparteien an und eröffnete somit erstmals die Möglichkeit, dass das Mehrheitselement des ungarischen Wahlsystems zu Ungunsten der Regierungsparteien ausschlagen könnte. Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass dies auch geschehen ist.

Erste Reaktionen

Ministerpräsident Viktor Orbán gestand seine Wahlniederlage noch am Wahlabend ein und gratulierte seinem Widersacher telefonisch zum Wahlsieg. In seiner Rede bedankte er sich bei den Wählern und Unterstützern der Partei und stellte in Aussicht, dass sich die Fidesz auch aus der Opposition für die nationalen Interessen einsetzen werde. Orbán betonte zudem, dass sich die Fidesz, nun von der Last der Regierung befreit, auf die Stärkung und Reformierung der eigenen Strukturen konzentrieren müsse.

Herausforderer und Wahlsieger Péter Magyar dankte ebenfalls seinen Wählern und Unterstützern und kündigte an, den versprochenen „Systemwechsel“ mit Hilfe der erreichten Zweidrittelmehrheit schnell und reibungslos umzusetzen. Bereits in seiner Siegesrede forderte er daher die „Marionetten“ der Vorgängerregierung auf, ihre Ämter selbstständig aufzugeben, bevor Tisza sie aus dem Amt entfernt. Die genannten Personen waren der Staatspräsident, der Präsident des Obersten Gerichts, der Präsident des Obersten Justizrats, der Generalstaatsanwalt, der Präsident des Verfassungsgerichts, der Leiter der Medienaufsichtsbehörde sowie die Präsidenten des Rechnungshofs und der Wettbewerbsbehörde. Im Verlauf seiner Rede schlug Magyar jedoch auch versöhnlichere Töne an – es wird sich zeigen, ob das Streben nach Versöhnung oder politische Abrechnung das Regierungshandeln bestimmen wird.

Die Gratulationen kamen jedoch nicht nur aus Ungarn, sondern aus ganz Europa. Neben Bundeskanzler Friedrich Merz und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gratulierten auch Verbündete Orbáns wie der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš und der slowakische Ministerpräsident Robert Fico Magyar zum Wahlsieg.

Ausblick

Die erste konstituierende Sitzung der neuen Ungarischen Nationalversammlung findet binnen 30 Tagen, also spätestens am 12. Mai 2026 statt. Erfahrungsgemäß wird diese Frist auch ausgeschöpft werden, da es einige Zeit dauert bis das rechtsgültige, also nicht mehr anfechtbare Endergebnis der Wahl, feststeht. Mit der Wahl des Ministerpräsidenten durch die Ungarische Nationalversammlung und der Bildung der neuen Regierung ist etwa Mitte bis Ende Mai zu rechnen. Ähnlich wie in Deutschland braucht es hierfür eine formale Abstimmung im neuen Parlament.